

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Postfach 102
Kurs für Kioskschriften: Nr. 10011
Schreibmaschinen u. Druckgeschäftsstellen:
Dresden - S. 1, Marienstraße 20/42

Bezugspreise bei täglichem Postumsatz: Jahressumme monatlich 2.00 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Postgebühren), durch Vorzahlung 1.50 Mk. (einschließlich 70 Pf. Postgebühren) (ohne Postgebühren) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Vierteljahressumme 10 Mk., halbjährlich 20 Mk., währungsveränderlich: Die einjährige Summe beträgt 35 Mk., für außerhalb 40 Mk., die 90 mm breite Weltzeitung 200 Mk., währungsveränderlich 250 Mk. abh. Preisänderung lt. Tarif, Poständerungen und Stempelgebühren ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf. Cirkulargebühren 30 Pf. Wucherliche Kautelen gegen Vorabzahlung.

Druck u. Verlag: E. Schöck & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1066 Dresden
Nachdruck nur mit beifolgender Erlaubnis
(Dresden, Markt) zulässig. Unveränderte
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Deutschland rüstet für den Handelskampf

Das Reichskabinett schafft einen „Overtarif“

Ein Kampf ums Bier

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 20. Februar. Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den übrigen Staaten leiden, wie bekannt ist, schon seit sehr geraumer Zeit darunter, daß man sich gegen die Einfuhr deutscher Waren durch starke Zollmauern absperrt, auf der anderen Seite aber die eigene Ausfuhr nach Deutschland zu steigern sucht. Wenn auch die Aufnahme ausländischer Waren auf dem deutschen Markt durch den Geldmangel eine gewisse Grenze findet, so war es doch notwendig geworden, um den der deutschen Ausfuhr gemachten Hindernissen zu begegnen, daß Deutschland seine handelspolitische Rüstung wesentlich ergänzt.

Das ist jetzt geschehen durch die Annahme einer Verordnung im Reichskabinett, die den sogenannten „Overtarif“ schafft.

Es handelt sich hierbei in der Hauptsache darum, daß die bisher geltenden Zollsätze bis auf das Doppelte erhöht werden können. Die Schaffung des „Overtarifs“ soll zunächst eine Warnung und Drohung an die Staaten sein, die dem deutschen Export besondere Schwierigkeiten bereiten. Zugleich soll der Overtarif einen Druck auf die Länder ausüben, die mit Deutschland entweder keinen Handelsvertrag abgeschlossen haben, oder die beabsichtigen, einen Handelsvertrag zu kündigen. Vertraglich geregelte Handelsbeziehungen unterhalten mit Deutschland nicht von den europäischen Staaten Polen und Kanada. Diese Staaten haben ein großes Interesse an der Aufnahme ihrer Waren durch Deutschland, verbunden dagegen den deutschen Erzeugnissen den Weg in ihr Land ziemlich hart. In den Staaten, denen die Absicht nachgelagert wird, ihre Handelsverträge mit Deutschland zu kündigen, gehören die Schweiz, die skandinavischen Staaten und vor allem auch Frankreich. Bereits am letzten Sonnabend wurde seitens der deutschen Delegation, die zur Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen in Paris eintrat, darauf aufmerksam gemacht,

daß die Kontingentierungspolitik der französischen Regierung die deutsche Wirtschaft schwer schädigt.

Interessant ist, daß der polnische Gesandte in Berlin dieser Tage bereits in Warschau weilt, um die jetzt durch den Overtarif für Polen bedrohlich gewordene Lage mit seiner Regierung zu erörtern. Es hat den Anschein, als ob die Warschauer Regierung, mit der sich Deutschland bekanntlich seit Jahr und Tag im Handelskrieg befindet, nun geneigt sei, einen Handelsvertrag auf vernünftiger Grundlage mit Deutschland abzuschließen. Schon dieses Beispiel zeigt, daß man sich mit dem Overtarif eine Waffe geschaffen hat, die zur Wahrung der deutschen handelspolitischen Interessen unerlässlich ist. Die im Overtarif vorgesehene Zoll-erhöhungen stehen in vielen und wichtigen Positionen eine Verdoppelung des autonomen Zollsatzes, und in

weiteren Positionen Erhöhungen von einem Drittel aufwärts geschaffen vor. Da es sich im wirtschaftlichen Interesse nicht vermeiden lassen wird, von den Möglichkeiten des Overtarifs Gebrauch zu machen, wird in einer besonderen Verordnung bestimmt werden, auf welche Länder die erhöhten Zollsätze des Overtarifs zur Anwendung kommen sollen. Die höheren Zollsätze werden selbstverständlich auch gegen alle diejenigen Länder zur Anwendung zu bringen sein, die in sozialpolitischer Beziehung die deutschen Waren ungünstiger als die Erzeugnisse eines dritten Landes stellen.

Deutsche Beschwerden in Paris

Berlin, 20. Febr. (Eigene Drahtmeldung.) Eine deutsche Wirtschaftsdlegation, bestehend aus Vertretern des Reichsfinanzministeriums, des Ernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums, traf am Sonntagabend in Paris ein, und hatte im französischen Handelsministerium eine Besprechung mit Vertretern der zuständigen französischen Ministerien. Die deutsche Delegation wies auf die für die deutsche Wirtschaft

Schädliche Kontingentierungspolitik der französischen Regierung

hin, eine Politik, die den normalen Gang der Wirtschaft löse, da ein Teil der bereits hereingenommenen und in Ausführung befindlichen Aufträge durch die Kontingentierungsbestimmungen nicht ausgeführt werden. Weiter hat die Delegation auf die in den beiden Ländern verschiedentlich gehandhabten Praktiken hinsichtlich der Errechnung von Einfuhrkontingenten aufmerksam gemacht und an die französischen Vertreter die Frage gerichtet, wie die französische Regierung sich bezüglich dieser französischen Zoll- und Kontingentierungspolitik die weitere Entwicklung der in den letzten Monaten im Rahmen des deutsch-französischen Wirtschaftskomitees abgeschlossenen Wirtschaftsvereinbarungen denke. Die französische Delegation hat die Politik ihrer Regierung mit dem Hinweis unumgänglich notwendigkeiten verteidigt. Es gäbe kein anderes Mittel, den französischen Markt vor der Einfuhr ausländischer Waren zu schützen.

Näherdem könne sich Deutschland nicht beklagen, da es im letzten Jahre einen Ansohrüberschuß von 3 1/2 Milliarden Franken im deutsch-französischen Warenaustausch gehabt hätte.

Demgegenüber wiesen die deutschen Vertreter darauf hin, daß die in den letzten Monaten mit besonderer Schärfe angewandte französische Kontingentierungspolitik sich seit dem neuen Jahre erst richtig bemerkbar mache, was sich bereits aus der französischen Handelsbilanz vom Januar ergibt, aus der ein starker Rückgang der Einfuhr nach Frankreich hervorgehe.

Bierkriege gab es schon in früheren Zeiten, aber sie waren damals auf Bayern beschränkt, und zwar auf das Gebiet südlich der Donau. Es waren mehr örtliche Kämpfe gegen die Landesobrigkeit, die leicht lokalisiert werden konnten. Vor Erzbischof Reith hatte nämlich die bayerische Regierung als ergiebige Steuerquelle den Malzkonsum. Wenn sie in finanziellem Druck war, dann legte sie ihn ein wenig herauf, und schon stießen neue Millionen in den Staatskassen. Aber so ganz gefahrlos war die Operation nicht. Denn wenn die Maß Bier auch nur um einen Pfennig oder zwei teurer wurde, dann konnte es leicht geschehen, daß die Volkseele ins Kochen kam und wilde Bierrevellen mit allerlei Krawallen und Ausschreitungen einleitete. Damals belustigte man sich im Reich, daß in der Heimat des Bieres so geringe Ursachen so gewaltige Wirkungen haben konnten, und man ahnte nicht, daß einmal das Schicksal einer Reichsregierung von derselben Frage abhängen werde. Denn es ist nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß bei der Abstimmung am letzten Freitag das Sein oder Nichtsein des „Solkems“ am dünnen Rad des Bierpreises hing.

Die Fraktion der Wirtschaftspartei, die in diesem Kampf der Vortrupp der Bierinteressen ist oder wenigstens sein will, verwahrt sich zwar mit Nachdruck gegen den Vorwurf, daß sie ihre Stimmen um den Preis der verprochenen Biersteuererleichterung an Brüning „verkauft“ habe. Sie sei nur dem Zwang ihres Gewissens gefolgt, sagte Prof. Bredt im Reichstag. Man tritt ihrer Ehre auch nicht zu nahe, wenn man aus der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Bierpreises folgende Tatsachen feststellt: Dem Drängen der Bevölkerung folgend, hat der Preiskommissar von den Brauereien und Gastwirten eine läßliche Senkung des Bierpreises verlangt. Er hat von sich aus den Brauerpreis um 2 Mark je Hektoliter herabgesetzt und den Gastwirten noch eine zusätzliche Senkung auferlegt. Aber diese Maßnahmen genügt noch nicht, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. Die durch die letzten Rotverordnungen in schwindelnde Höhe getriebene Biersteuer, zusammengesetzt aus der Reichs- und den Gemeindesteuern, stand hindernd im Wege. Nach Prüfung der Brauerbilanzen und der Gaststättenabrechnungen mußte der Preiskommissar zugeben, daß eine weitere Senkung des Bierpreises nur über die Senkung der Biersteuer zu erreichen sei. Dieser Forderung legte aber der Reichsfinanzminister aus fiskalischen Gründen Widerstand entgegen. Inzwischen hatte der erste große Bierstreik in Hamburg begonnen. Die Wirtschaftspartei legte sich ins Zeug, und der Reichsfinanzminister, parlamentarische Gefahren ahnend und von dem Gedanken erschreckt, im Reichstage eine politische Bierleihe in des Wortes verwegener Bedeutung zu werden, nahm die Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei in seine eigenen pflichtlichen Hände, mit dem Erfolge, daß eine Vereinbarung zustande kam, nach der die Biersteuer nicht sofort, aber am 20. März senkt werden sollte. Die Wirtschaftspartei gab sich mit diesem Versprechen zufrieden, aber die Gastwirte trauten dem Frieden nicht. Ihre Forderungen gingen weiter, und sie setzten Nachdruck dahinter, indem Groß-Berlin mit seinem riesigen Konsum in den Bierstreik trat. Das geschah, wohlgemerkt, vor der Abstimmung im Reichstag, in der sich die Regierung mit den Stimmen der Wirtschaftspartei noch einmal über die Wilttrauensvoten der Opposition hinweg retten konnte. Die Reichsregierung konnte also zu diesem Zeitpunkt schon ziemlich genau abschätzen, wie sich der Berliner Bierstreik auf ihre Steuerer-einnahmen auswirken würde. Aber sie sagte nichts und unternahm nichts dagegen. Erst am Tage nach der Abstimmung wurden die Verhandlungen des Reichsfinanz-ministeriums mit den Vertretern des Gastwirtsberufes fast abgebrochen mit der ultimativen Erklärung, daß von einer Senkung der Biersteuer nicht mehr die Rede sein könne, wenn der Bierstreik noch länger andauere. Die Begründung, daß es widerständig wäre, die Steuer zum Zweck der Konsum-

Litauische Memelverhandlungen gescheitert

Die Landtagsmehrheit gegen Werth

Memel, 20. Februar. Am Montag fanden Verhandlungen zwischen dem von Werth ernannten Direktoriums-präsidenten Simmat und den Vertretern der Mehrheitspartei statt, die etwa eine Stunde dauerten. Es war nicht möglich, zu einer Verständigung zu gelangen, da Simmat für die Verhandlungen lediglich Befehle erhalten hatte und nicht auf Fragen, die die Abgeordneten an ihn stellten, antworten konnte. Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen werden die Fraktionen der Mehrheitspartei am Dienstagmittag zu einer Sitzung zusammenzutreten. Wie es heißt, dürfte den Mitgliedern der Mehrheitspartei (Zusatz von der Volkspartei und Balchies von der Land-wirtschaftspartei), die nach Memel berufen worden sind, die Genehmigung, sich an der Bildung des Direktoriums zu beteiligen, von den Fraktionen verweigert werden.

Was tun die Signatarmächte?

Genf, 20. Febr. Die neuesten Vorgänge im Memelgebiet werden auch in Bülkerbundskreisen sehr lebhaft erörtert. Ein Bericht will wissen, daß die Signatarmächte des Memel-kontrats mit der neuesten Entwicklung befaßt worden sind.

Der preussische Staatshaushalt

Berlin, 20. Februar. Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des preussischen Staatshaushalts für 1914 erläuterte Finanzminister Dr. Klepper vor Vertretern der Presse die preussische Staatspolitik. Er wies darauf hin, daß die Fortschritte des Staats über alle bisherigen Maßnahmen dieser Art hinausgingen. Am stärksten sei das Bau- und Sied-lungswesen betroffen. Nachdem die von Dr. Klepper im November vorgeschlagene Einführung der Schlafsteuer

verhindert worden sei, sei die Ausgabekassation, aber die mit dem Reich verhandelt werde, als einzige Hilfe übrig. Unter ihrer Berücksichtigung könne man aber von einem ausgeglichene Etat sprechen.

Nach der grundsätzlichen Seite der Finanzpolitik hin be-tonte Minister Klepper,

daß auf die Dauer ein Zustand praktisch nicht durch-läufiger sei, bei dem zwar die Selbstverwaltung an-rechterhalten, die Selbstverwaltung aber auf-gehoben oder doch außerordentlich stark eingeschränkt werde.

Die Länder können sich nicht für immer als Objekt der Entwicklung betrachten. Noch schwieriger als die Lage des Staates sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen die der Gemeinden und Gemeindeverbände. Auch für sie seien Reformmaßnahmen eine absolute vordringliche Maßnahme.

Die Verlängerung des Reichsbank-Medikontokredits

Berlin, 20. Febr. Die seit längerer Zeit geführten Verhandlungen über eine Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Medikontokredits an die Reichsbank, der zuletzt bekanntlich um einen Monat verlängert worden war, dürften Mitte der Woche zu Ende geführt werden. Dabei handelt es sich um die Verlängerung des Kredits auf drei Monate bis zum Juni dieses Jahres. Deutschland soll innerhalb dieser Frist 10 Prozent des Kredits zurückzahlen.

Zwei Mörder zum Tode verurteilt

Berlin, 20. Febr. Das Schwurgericht 8 verurteilte am Montag den Wächter Korbach und den Arbeiter Witt-litz wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode. Die Verurteilten hatten am 8. November v. J. in der Nähe von Buch bei Berlin den Kraftwagenführer Pohl während einer Fahrt ermordet; bei dem Versuch, den Ermordeten zu be-zahnen, waren die Mörder gestört worden.

Eine Zusammenstellung der beim Heimzuge unseres Königs in den Dresdner Nachrichten erschienenen Berichte und Bilder

Von vielen Seiten wurde der Wunsch geäußert, die Berichte, die wir beim Hinscheiden des Königs Friedrich August veröffentlicht haben, gesammelt zu erhalten. Da die betreffenden Nummern der Dresdner Nachrichten aber inzwischen vergriffen sind, haben wir einen Sonderdruck dieser Berichte hergestellt und in einem Heftchen vereint, das von morgen an zum Preise von 60 Pf. in unserer Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38 sowie in unseren Annahme- und Verkaufsstellen zu haben ist. Ein Versand nach auswärts erfolgt gegen Voreinsendung von 70 Pf.

VERLAG DER DRESDNER NACHRICHTEN